

Volkshilfe Sozialbarometer

Ergebnisse der SORA-Umfrage „Bildungschancen und Kosten für die Schule“

Wien, 8. August 2017

Hinweise zur Studie

Für den Volkshilfe Sozialbarometer führt SORA mehrmals jährlich eine repräsentative Befragung zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch.

Die vorliegende Studie zum Thema „Bildungschancen und Kosten für die Schule“ beruht auf 1.001 face-to-face Interviews österreichweit mit Personen ab 15 Jahren (Feldzeit 4.7. bis 25.7.2017).

Die Daten wurden gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region, Wohnortgröße, Bildung, Personen im Haushalt, Beruf und Berufstätigkeit. Somit entstehen aus diesen Daten repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung.

Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.

Bietet das österreichische Bildungssystem gleiche Chancen für alle Kinder, unabhängig von Einkommen der Eltern? Welche Maßnahmen für mehr Chancengleichheit in der Bildung können getroffen werden vor allem für Kinder aus armutsbetroffenen Familien? Im zweiundzwanzigsten Volkshilfe Sozialbarometer ging es um das Thema „Bildungschancen und Kosten für die Schule“.

Hohes Problembewusstsein: Kosten als Bildungsschranke

Schulbesuch wird immer teurer

In der Bevölkerung werden steigende Kosten für den Schulbesuch wahrgenommen. Mehr als acht von zehn Befragten (86%) sind der Meinung, dass die Kosten, die Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder tragen müssen, immer höher werden. Bei jenen Befragten, die Kinder unter fünfzehn Jahren im Haushalt haben, stimmen dieser Aussage neun von zehn Befragten (90%) zu.

Viele kennen Kinder, die sich den Schikurs nicht leisten können

Mehr als die Hälfte der Befragten (54%) kennt aus eigener Erfahrung mindestens ein Kind, das aufgrund der finanziellen Lage des Haushalts nicht an einer Schulveranstaltung wie Schullandwoche oder Schulschikurs teilnehmen kann. Bei Befragten, die selbst Kinder im Haushalt haben ist dieser Wert ebenfalls etwas höher (60%).

Dünne Geldbörse der Eltern kann die Matura verhindern

Während mehr als die Hälfte der Befragten selbst Ausschließungserfahrungen bei Kindern, deren Familien wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, beobachtet haben, sehen drei von vier Befragten (75%) die Kosten für Nachhilfe, Nachmittagsbetreuung, Schreibwaren oder Sportwochen als Grund, warum Kinder aus armen Familien oft keine höheren Schulen besuchen können.

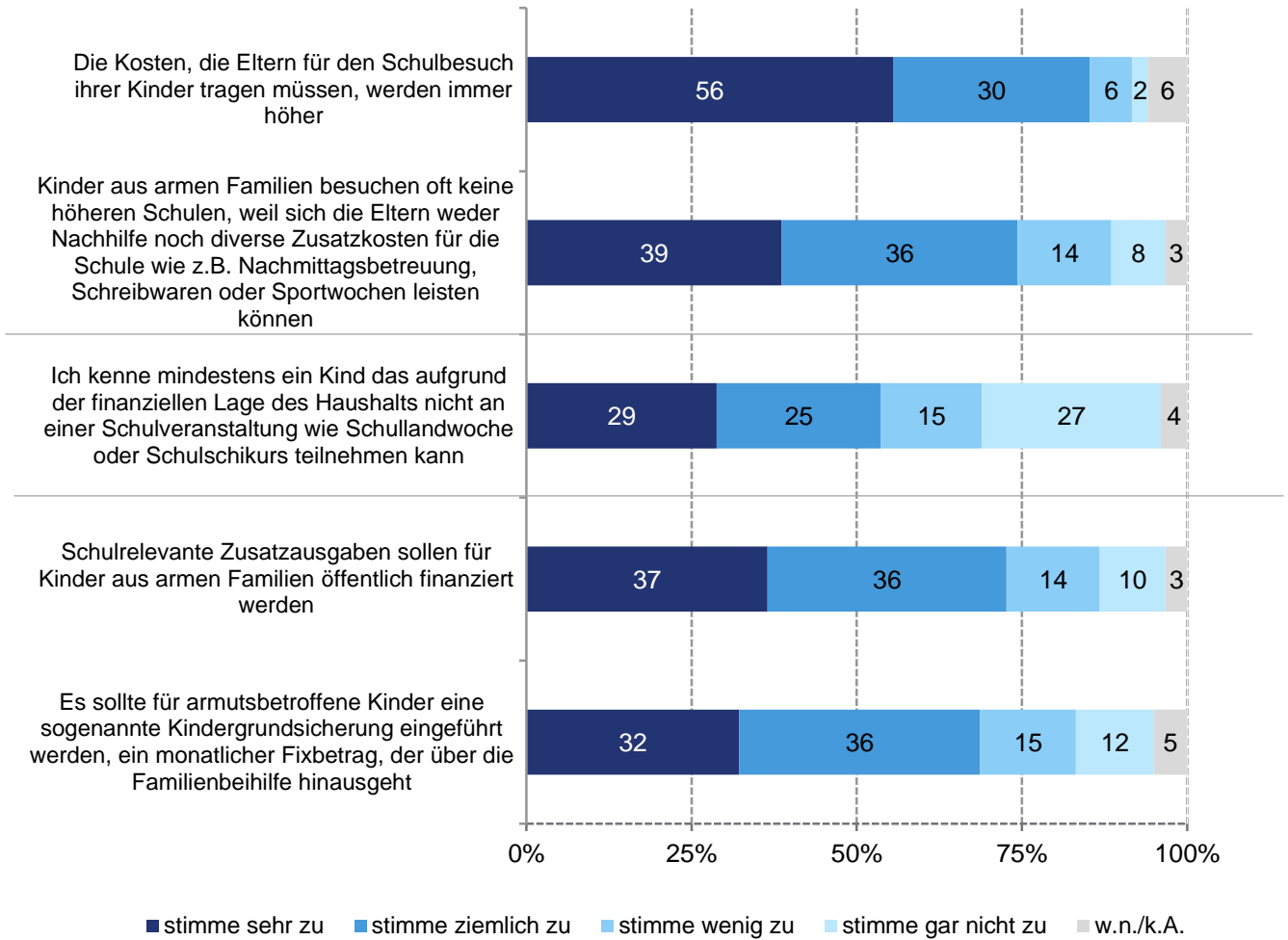
Mögliche Maßnahmen:

- **Zusatzkosten für die Schule öffentlich finanzieren**
- **Kindergrundsicherung für armutsbetroffene junge Menschen einführen**

Welche Zustimmung haben nun mögliche Maßnahmen zur Ermöglichung der Teilnahme an Schulveranstaltungen und dem Besuch höherer Schulen unabhängig vom Einkommen der Eltern?

Mehr als sieben von zehn Befragten (73%) stimmen der Forderung, dass schulrelevante Zusatzausgaben für Kinder aus armen Familien öffentlich finanziert werden sollen zu und nahezu sieben von zehn Befragten (68%) stimmen der Forderung nach der Einführung einer Kindergrundsicherung für armutsbetroffene Kinder, einem Fixbetrag, der über die Familienbeihilfe hinaus geht, zu.

Abbildung 1: abgefragte Aussagen zum Thema Bildungschancen und Kosten für die Schule



Quelle: SORA/Spectra, Angaben in Prozent

Frage im Wortlaut:

Stimmen Sie diesen Aussagen zum Thema Bildungschancen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

- Die Kosten, die Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder tragen müssen, werden immer höher.
- Ich kenne mindestens ein Kind das aufgrund der finanziellen Lage des Haushalts nicht an einer Schulveranstaltung wie Schullandwoche oder Schulschikurs teilnehmen kann.
- Kinder aus armen Familien besuchen oft keine höheren Schulen, weil sich die Eltern weder Nachhilfe noch diverse Zusatzkosten für die Schule wie z.B. Nachmittagsbetreuung, Schreibwaren oder Sportwochen leisten können.
- Schulrelevante Zusatzausgaben sollen für Kinder aus armen Familien öffentlich finanziert werden.
- Es sollte für armutsbetroffene Kinder eine sogenannte Kindergrundsicherung eingeführt werden, ein monatlicher Fixbetrag, der über die Familienbeihilfe hinausgeht.